

Ich bin wirklich froh darüber, trotz aller Differenzen und Auseinandersetzungen, die wir im demokratischen Spektrum miteinander führen und auch führen sollten, denn das gehört zur Demokratie dazu, hier in einem Parlament zu stehen, wo es eine starke demokratische Mehrheit gibt, die sich heute ganz klar zur Meinungsfreiheit und zur Demokratie bekannt und die der AfD sehr deutlich widersprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, Bodo Löttgen [CDU] und Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka¹⁾ (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tritschler, als Sozialdemokrat stelle ich mich heute hierhin, weil ich voller Stolz – das sage ich Ihnen ganz deutlich – an diesem demokratischen Staat mitgearbeitet habe. Das ist kein historischer Abklatsch, sondern wir wissen, wem wir verpflichtet sind, und wir wissen, dass wir denjenigen, die über einen „Fliegenschiss“ reden ...

Kurt Schumacher war im Konzentrationslager, Julius Leber ist gestorben, Otto Wels hat standgehalten, und Sie schwadronieren hier über Dinge, die Sie niemals verstehen.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ihre Wurzeln leben doch nur in einer trüben – ich hätte bald gesagt: braunen – Brühe, wo Sie unsere Gesellschaft zerstören wollen.

Ich als Sozialdemokrat genieße jeden Tag und jede Minute, die ich hier stehe, um Ihnen deutlich zu sagen, dass Sie in dieser Bundesrepublik keinen Platz finden.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Und wenn es das Letzte ist, was ich tue, Herr Tritschler: Dafür stehe ich ein!

(Beifall von der SPD und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Es sind Sozialdemokraten gewesen, die nach dem „Fliegenschiss“, wie Sie es genannt haben, nämlich den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs, gemeinsam mit vielen anderen Parteien ein Grundgesetz verabschiedet haben,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Aber nicht Sie!)

auf das ich stolz bin,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Aber nicht Sie!)

auf das ich als Wehrpflichtiger geschworen habe und als Beamter ebenso.

Das werde ich verteidigen bis zur letzten Minute gegen Leute wie Sie, die nur von Hass in der Gesell-

schaft leben, die die Geschichte vergessen und die alles, wofür unsere Vorväter gekämpft haben, mit Dreck beschmieren.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das lasse ich nicht zu, Herr Tritschler. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD und Dr. Werner Pfeil [FDP] – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Es war Willy Brandt, der mit dem Kniefall in Warschau, der über diese Dinge gesprochen hat,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie sind nicht Willy Brandt!)

es war Helmut Kohl, der sich für Europa eingesetzt hat, und es war Richard von Weizsäcker, der vom „Tag der Befreiung“ gesprochen hat.

Alle diese Politiker haben aus der Vergangenheit gelernt, nur Sie nicht. Das werde ich bis zur letzten Minute hier darstellen, und das sage ich Ihnen auch.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Unsere Fraktion erinnert nicht umsonst an Otto Wels und an alle, die Widerstand geleistet haben. Das ist die DNA, für die ich Politik mache. Sie nicht! Sie leben von Hass, Streit

(Christian Loose [AfD]: Und was ist mit der Antifa? – Weitere Zurufe von der AfD – Glocke)

und Spaltung. Sie können hier reden, wie Sie wollen: Solange wir hier im Parlament sitzen und politische Verantwortung mit Gewerkschaften, mit Kirchen und mit Parteien tragen, wird das auch so bleiben. Wir leben davon, dass wir Menschen zusammenbringen und die Zukunft organisieren wollen. Da können Sie hier reden, was Sie wollen. Sie sind nicht auf dem Boden dieser Verfassung, Herr Tritschler. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache in Tagesordnungspunkt 1. Das war unsere Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Pandemische Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13540

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13579

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13580

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13581

In Verbindung mit:

Gesetz zur Ergänzung einer Zuständigkeitsregelung im Infektionsschutz- und Befugnisgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13568

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13569

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor einem Monat hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen seine Gesetzgebung zum sogenannten Pandemiegesetz in zweiter Lesung abgeschlossen. Dieses Gesetz ermöglicht es dem Landtag in § 3 Abs. 2, pandemische Leitlinien zu verabschieden, die das Handeln der Exekutive verbindlich mitformen und somit in der Pandemiebekämpfung die Rolle der Legislative stärken soll, indem die Verordnungsgebung durch Leitlinien flankiert wird.

Heute, einen Monat, nachdem das Gesetz zur parlamentarischen Absicherung in der COVID-19-Pandemie in Kraft getreten ist, geht der Landtag von Nordrhein-Westfalen diesen Schritt, erlässt pandemische Leitlinien und bringt damit seinen Willen zum Ausdruck, weiterhin aktiv an der Coronabekämpfung des Landes Nordrhein-Westfalen mitzuwirken.

Mit den Leitlinien heben wir die Mitwirkung des Landtags auf eine neue Stufe. Denn, meine Damen und Herren, die Lage ist nach wie vor ernst. Wir haben uns an den vergangenen beiden Plenartagen zu unterschiedlichen Tagesordnungspunkten mit der Pandemie und ihren Folgen für ganz unterschiedliche Lebensbereiche beschäftigt.

Mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden ist die Verlängerung der epidemischen Lage, die in dieser Krisensituation der Landesregierung besondere Rechte einräumt. Diese Maßnahmen sind erforderlich und angemessen, um die nach wie vor schwere Krise, in der sich unser Land befindet, in den Griff zu bekommen.

Wir sind es, finde ich, im Übrigen auch denen schuldig, die sich in den Krankenhäusern um die an COVID-19 erkrankten kümmern, dass sich die gesamte Gesellschaft weiterhin in der Pflicht sieht und ihren Teil beiträgt.

Durch Verordnungen des Landes und neuerdings durch Gesetzgebung des Bundes wird in der Tat tief in das persönliche Leben, in die Arbeits- und Freizeit, in die Bildungs- und sozialen Beziehungen eingegriffen. Umso wichtiger ist es, je länger diese Lage anhält, dass sie auf einer breiten Legitimationsbasis steht.

Unsere Aufgabe hier im Parlament, unser Selbstverständnis ist es, eine aktive Rolle in der Pandemiebekämpfung zu übernehmen und darüber hinaus die Folgen im Blick zu behalten. Unsere Aufgabe ist es aber auch, Denkanstöße zu geben, um die Situation der Gesellschaft unseres Landes in der gesamten Breite im Blick zu behalten. Das ist unser Anspruch mit unseren pandemischen Leitlinien, indem wir einfordern, das Wissen über das Virus und seine Verbreitung, aber auch über seine Behandlung zu vertiefen und Kriterienbündel statt einzig einzelne Werte als Begründungen für Maßnahmen heranzuziehen. Wissenschaft und Forschung helfen uns nicht nur beim Thema „Impfen“ aus der Pandemie heraus.

Meine Damen und Herren, uns ist bewusst, dass insbesondere Kinder und Jugendliche einen hohen Preis zahlen. Deshalb ist unser Anspruch, diese Gruppe und ihre Bedürfnisse ganzheitlich zu betrachten und neben der Virusbekämpfung auch die seelischen und andere körperliche Erkrankungen im Blick zu behalten. Auch Kinderschutzaspekte und Bildungschancen sind elementarer Bestandteil von Abwägungsentscheidungen, und auch das optimiertere Distanzlernen ist kein Ersatz für den Sozial-

raum Schule. Deshalb gehören die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen an den Anfang von Öffnungsschritten.

Kultur und Sport sind für uns mehr als Hobbies und Freizeitgestaltung. Sie sind elementare Bestandteile einer offenen Gesellschaft, sie sind wichtig für die körperliche und seelische Gesundheit. Gerade draußen ist das Infektionsrisiko gering, sodass auch hier perspektivisch mehr möglich werden sollte.

Meine Damen und Herren, bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden, sind wir auf die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen. Wir erleben in dieser Lage, wie verantwortungsvoll und solidarisch sich die Menschen verhalten. Wir wissen, dass das der wichtigste Baustein ist. Wir können Gesetze und Verordnungen machen, wie wir wollen, es braucht einen Grundkonsens über die Notwendigkeit, um diese Akzeptanz zu erreichen. Das schafft man durch Klarheit und durch widerspruchsfreie Regeln. Ich gebe zu, dass es in den letzten Monaten eher schwerer als leichter geworden ist, manches zu erklären.

Wir setzen auf Innovation, wir setzen auf digitale Instrumente. Wenn wir zu Öffnungen kommen, dann sind diese Instrumente wichtige Hilfsmittel zu mehr Normalität, und sie geben Sicherheit. Unser Anspruch muss sein, mit Hilfe moderner Technologien die Pandemie in den Griff zu bekommen. Wir signalisieren all denen, deren berufliche Existenz auf dem Spiel steht und seit Monaten eingeschränkt ist, dass wir bereit sind, wenn die Lage es zulässt, wenn die Zahlen sinken, Öffnungsschritte zu gehen, Modellprojekte auszuprobieren, um möglichst bald vieles wieder möglich zu machen.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat heute die Gelegenheit, mit pandemischen Leitlinien Leitplanken einzuziehen. Sie sind befristet, sie können jederzeit verändert werden. Das Begleitgremium COVID-19 ist der geeignete Ort, um sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Die Chance des Beschlusses von Leitlinien sollte sich dieser Landtag nicht entgehen lassen. Deshalb legen wir diesen Antrag vor. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Wochen haben wir hier in diesem Hohen Hause das Infektionsschutz- und Befugnisgesetz Nordrhein-Westfalen, das sogenannte Pandemiegesetz, novelliert. Teil dieser Novelle war eine Stärkung des Parlaments, eine Stärkung der Legislative. Das war und ist ein Herzensanliegen von uns Freien Demokraten und – das

sage ich ganz offen – auch von mir persönlich. Das hat zwei wesentliche Gründe: Juristisch, weil Grundrechtseingriffe in der fortschreitenden Pandemie einer parlamentarischen Legitimation bedürfen – wir sind in einer völlig anderen Situation als im Frühjahr des vergangenen Jahres –, politisch, weil die Beteiligung des Parlaments die Transparenz der Debatte steigert, weil wir auch gerade in dieser Plenarwoche noch mal erlebt haben, wie aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen und Perspektiven unterschiedlicher Fachbereiche um den richtigen, um den bestmöglichen Weg gerungen wird.

Das zeigt den Bürgerinnen und Bürgern, wie schwer wir uns an vielen Stellen mit der Abwägung tun. Genau dieser Prozess – er mag hier und da mühsam erscheinen – schafft und steigert Akzeptanz.

Ein wesentliches Instrument dieser Novelle, mit dem wir das Parlament stärken wollen, sind die pandemischen Leitlinien. Damit nimmt das Parlament mehr Verantwortung wahr. Wir achten aber gleichzeitig auch die unterschiedlichen Rollen, die natürlich zwischen der Exekutive und zwischen der Legislative bestehen bleiben. Unterschiedliche Flughöhen sind das, wenn man so möchte.

Die Exekutive ist operativ im Tagesgeschäft unterwegs und muss auch bis ins letzte Detail Rückfragen beantworten und steuern. Bei der Legislative geht es für uns um grundsätzliche Fragen, um den entsprechenden Rahmen – Kollege Kerkhoff hat gerade auch von Anregungen gesprochen. Diese unterschiedlichen Rollen müssen wir zwischen der Exekutive und der Legislative beachten.

Ich finde, ein besonderer Vorteil der Leitlinien ist, dass wir als Parlament aus uns selbst heraus proaktiv tätig werden können. Es sollte uns nicht zufriedensstellen, am Ende über eine jeweils novellierte Verordnung mehr oder weniger gönnerhaft den Daumen hoch oder den Daumen runter zu zeigen, sondern wir müssen aus uns selbst heraus tätig werden und mit einem Parlamentsbeschluss dann das Handeln der Exekutive binden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass wir einen Monat nach der Novelle dieses Gesetzes erstmals entsprechende Leitlinien hier vorlegen. Wir wollen diese auch gerne heute beschließen.

Ich möchte auf einzelne Aspekte aus den Leitlinien hier kurz eingehen. Starten möchte ich mit der Bedeutung von Bildungschancen, Bildungschancen als Lebenschancen, die wir in den Leitlinien entsprechend betonen. Kinder, Jugendliche und Familien mussten in den letzten Wochen und Monaten viel zurückstecken. Sie haben sehr gelitten und leiden weiterhin sehr unter den Einschränkungen und unter den Schutzmaßnahmen. Insbesondere haben gelitten und leiden weiterhin Bildungschancen von jungen Menschen aus Verhältnissen, die es ohnehin im Leben nicht leicht haben, sondern die es im Ver-

hältnis zu vielen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler schwerer haben.

Wir befürchten eine hohe Dunkelziffer bei körperlicher und seelischer Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen. Wir alle bekommen doch die Zuschriften von Kinderärzten, von Kinderpsychologen, von Pädagogen. Darum war es uns ein besonderes Anliegen, hier einen Schwerpunkt zu setzen und noch einmal festzustellen: Bildungseinrichtungen sind, wenn wir weitere Schließungen brauchen, das letzte, was wir schließen wollen. Und Bildungseinrichtungen sind die ersten Einrichtungen, die wir öffnen wollen, wenn das Infektionsgeschehen das wieder möglich macht, denn Bildungschancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Lebenschancen für junge Menschen in unserem Land, und diese verdienen die höchstmögliche Priorität.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen neues Wissen schaffen und legen darauf in unsere Leitlinien auch einen Schwerpunkt. Wenn wir klüger sein wollen als das Virus, müssen wir bereit sein, wirklich jeden Tag dazuzulernen. Ich bin dankbar für die vielen Forschungsprojekte rund um das Virus, die es in den letzten Wochen und Monaten gegeben hat. Mit dem Beginn des Impfstartes sehen wir auch, wie sehr sich das gelohnt hat.

Wir weisen aber auch auf andere Punkte hin. Zu dem Punkt „Neues Wissen schaffen“ will ich auch ausdrücklich die Modellkommunen und die Modellregionen erwähnen. Denn anders, als das mancher meint, geht es bei den Modellregionen gerade nicht um ein kleines regionales Konjunkturprogramm für die Außengastronomie, sondern es geht um eine Initiative zur Generierung von neuem Wissen, um besser mit der Krise umgehen zu können.

Darum will ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen, wie sehr ich bedauere, dass mit der undifferenzierten Vorgehensweise der Bundesnotbremse gerade solche Projekte drohen, unter die Räder zu gelangen. Denn diese Bundesnotbremse wirkt in diesem Fall auch als Notbremse für den Erkenntnisgewinn. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen doch keine Bremse beim Erkenntnisgewinn, wir brauchen das Gegenteil: Wir brauchen mehr Studien, wir brauchen mehr Erkenntnisse zum Beispiel, indem man in einzelnen Städten flächendeckend schaut, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelt hat.

Ich nenne hier noch einmal die Heinsberg-Studie. Wie viele Menschen zum Beispiel gab es denn, die ohne Symptome erkrankt waren? Wir müssen einfach ein besseres Bild von der aktuellen Lage bekommen. Ich glaube auch, dass wir weitergehende Interessen daran haben, zu erfahren, wer diejenigen sind, die – zum Glück – jetzt wieder gesund sind. Sind das Menschen, die im ÖPNV gependelt sind?

Sind das Menschen, die im Homeoffice arbeiten konnten oder gerade auch nicht – und so weiter und so fort. Es gibt viele Dinge, viele Kennzahlen, die uns helfen würden, noch besser durch die Krise zu kommen.

Wir müssen lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen, um treffsicherer zu werden. Natürlich wissen wir in diesem Hause, dass wir anhand von gewissen Stichtagen und natürlich auch mit bestehenden Verwaltungsgrenzen arbeiten müssen. Trotzdem legen wir hier in unseren Leitlinien noch einmal dar, wie wichtig es uns ist, so treffsicher wie irgendwie möglich vorzugehen. Mein Kollege Christof Rasche hat am Mittwoch in der Debatte den Kreis Pinneberg und das Beispiel der Insel Helgoland genannt. Es trägt zur Akzeptanz bei, wenn wir hier treffsicherer unterwegs sind.

Zuletzt möchte ich zu der Frage, wie wir aus der Pandemie herauskommen, die letzten Punkt aus unseren Leitlinien „Impfen und Innovationen“ noch einmal besonders hervorheben. Die Einbindung der Hausärzte hat uns beim Impftempo unglaublich nach vorne gebracht. Es mag den einen oder anderen gegeben haben, der darauf hingewiesen hat, das seien gar nicht so viele Impfdosen gewesen, die jeder Hausarzt zu Beginn bekommen hat. Das mag stimmen. Aber haben wir nicht feststellen können, wie sehr wir von dem dichten Netz an Hausärzten auch in unserem Land profitieren? Sie kennen ihre Patientinnen und Patienten gut und haben uns in den letzten Wochen wunderbar geholfen, voranzukommen und beim Impfen Gas zu geben.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir unterstreichen noch einmal die Bedeutung von Innovationen und von klugen Hygienekonzepten. Es gibt schon länger eine Innovationsklausel in der Coronaschutzverordnung des Landes. Diese Leitlinien ermuntern noch einmal dazu, diese auch mit Leben zu füllen und sie zu nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns nicht das letzte Mal mit den pandemischen Leitlinien befassen. Das war auch nie so gedacht, im Gegenteil: Es ist ein fortlaufender Prozess in unterschiedlichsten Fachausschüssen und Fachbereichen. Ich freue mich darauf und bitte um Zustimmung zu diesem Aufschlag für die ersten pandemischen Leitlinien für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Lück.

Angela Lück (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider muss ich meine Rede

damit beginnen, dass ich deutlich mein Erstaunen, mein Missfallen, ja meine große Enttäuschung, aber auch meine Wut ausdrücken muss, auf welche Art und Weise dieser Entwurf für die pandemischen Leitlinien hier ins Parlament eingebracht wurde.

Dass wir vor Kurzem noch einhellig beschlossen haben, ein Begleitgremium einzusetzen, um die Corona-Maßnahmen parlamentarisch zu bewerten und die Exekutive mit Handlungsempfehlungen zu beraten, war unter uns demokratischen Parteien völlig unstrittig. Ein Begleitgremium ist ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der Coronaentscheidungen, den wir gemeinsam gegangen sind. Es ist auch ein gutes Signal nach außen, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir verantwortungsvoll zusammenarbeiten können und dass unsere Demokratie entgegen verschiedener Unkenrufe sehr gut funktioniert.

Ich habe meine Arbeit in dem neuen Gremium voller Hoffnung und Tatendrang begonnen – Hoffnung, dass wir es gemeinsam schaffen, die Pandemie in Nordrhein-Westfalen endlich einzudämmen, die Folgen zu erfassen und Lösungen auszuarbeiten, um die Menschen im Land entlasten, Hoffnung zu helfen. Heute frage ich mich erschüttert: Wie konnte ich nur so optimistisch sein?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die meisten von Ihnen wissen, dass ich von Hause aus examinierte Krankenschwester bin. Ich habe also eine medizinisch-pflegerische Ausbildung und ein grundlegendes Verständnis für medizinische Zusammenhänge, weil ich über 30 Jahre lang im Herz- und Diabeteszentrum in Bad Oeynhausen in verschiedenen Aufgabenbereichen gearbeitet habe. Ich kenne den Alltag in einem Krankenhaus und auf den Stationen.

Der Kontakt zu meinen Kolleginnen und Kollegen ist nie abgerissen. Ich weiß, wie es auf den Stationen zugeht, mit welchen Belastungen und Schwierigkeiten die Menschen in unseren Krankenhäusern tagtäglich zu kämpfen haben, insbesondere jetzt, wo die Pflege und Behandlung der an Corona Erkrankten viele an den Rand des Leistbaren bringt.

(Armin Laschet, Ministerpräsident, unterhält sich mit Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Ich wollte Sie nicht stören.

Auch hier im Landtag habe ich mich immer mit gesundheitspolitischen Entscheidungen und den Belangen der Pflege auseinandergesetzt.

Dabei sind mir vor allem auch Einblicke in die Praxis immer sehr wichtig. So habe ich, nachdem ich eine kleine Zusatzausbildung absolviert hatte, über die Weihnachtstage mehrere Tage in einer Pflegeeinrichtung die Testungen der Besucherinnen und Besucher sowie der Beschäftigten übernommen. Das war eine gute Gelegenheit, mit den Menschen zu

reden und zu erfahren, wie sie die Pandemie in einem Krankenhaus, in einem Pflegeheim oder in einer Einrichtung erleben. Es hat mir viele Erkenntnisse gebracht.

Gerne hätte ich mein Wissen und meine Erfahrungen in den Dienst der guten Sache gestellt. Für die Mitglieder unserer Fraktion war immer klar, dass wir natürlich zur Zusammenarbeit bereitstehen und unsere Expertise aus vielen verschiedenen Fachrichtungen immer mit einbringen wollen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das haben wir immer gesagt, und wir haben immer unsere Unterstützung angeboten. Angesichts dieser schlimmsten Katastrophe seit Ende des Zweiten Weltkriegs dachten wir, dass es wichtig sei, gemeinsam abzuwägen, die Exekutive bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen, parlamentarische Sicherheit zu schaffen und verschiedene Standpunkte, Ansichten und Expertisen zu vereinen. Um es mit Johannes Rau zu sagen: versöhnen statt spalten – genau das haben wir immer angeboten.

Die pandemischen Leitlinien des Landtags, die Grundlage des Regierungshandelns sein sollen, wurden am vergangenen Wochenende in einer unglaublichen Nacht- und Nebelaktion allein von den regierungstragenden Fraktionen in die Welt gesetzt – über Nacht,

(Henning Höne [FDP]: Über sechs Nächte!)

obwohl wir seit 14 Monaten in dieser Pandemie leben. Ich will ehrlich sein: Das fühlt sich wie ein Schlag ins Gesicht der Demokratie an und ist eine Entwertung des parlamentarischen Begleitgremiums.

(Beifall von der SPD)

Was für ein Hohn, zumal das gemeinsame Gremium längst existiert und arbeitsfähig ist.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir haben uns von Ihrer Art und Weise aber nicht abschrecken lassen und versucht, mit den Koalitionsfraktionen einig zu werden. Wir wollten zusammen mit der Fraktion der Grünen einen konsensfähigen Kompromiss aushandeln. Dass wir noch Diskussions- und Änderungsbedarf haben würden, lässt sich an fünf Fingern abzählen. Leider waren die Änderungswünsche der beiden demokratischen Oppositionsparteien auf Regierungsseite nicht erwünscht.

(Henning Höne [FDP]: Frau Kollegin Lück, Sie haben uns gar keine übermittelt!)

Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie sehr mich das enttäuscht. Nachdem wir gemeinsam einvernehmlich ...

(Henning Höne [FDP]: Von der SPD kamen gar keine, von den Grünen haben wir welche

erhalten! – Bodo Löttgen [CDU]: Wann hat die SPD denn etwas übermittelt?)

– Ich habe Ihnen zugehört, tun Sie mir doch auch den Gefallen.

(Beifall von der SPD – Bodo Löttgen [CDU]: Beantworten Sie doch einfach die Frage!)

Nachdem wir gemeinsam einvernehmlich das parlamentarische Begleitgremium ins Leben gerufen haben, fühle ich mich jetzt regelrecht hintergangen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Frau Kollegin, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Höne von der FDP-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Angela Lück (SPD): Ja, bitte schön.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin Lück, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat uns – ich meine, am Mittwoch – konkrete Änderungsvorschläge zu den Leitlinien übermittelt. Wann hat denn die SPD-Fraktion Leitlinienänderungsvorschläge übermittelt? Die scheine ich nämlich übersehen zu haben; ich würde das gerne nachschauen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie hat nicht davon gesprochen, dass Ihnen welche übermittelt worden sind! – Bodo Löttgen [CDU]: Das hat sie doch eben gesagt! – Lachen)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Lück hat jetzt Gelegenheit zur Antwort.

Angela Lück (SPD): Vielleicht darf ich Ihnen antworten, Herr Höne.

(Henning Höne [FDP]: Gerne!)

Mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion hatten wir im Unterausschuss vereinbart, dass wir uns zur Festlegung von Leitlinien für dieses Parlament zusammensetzen. Wir haben sicherlich unterschiedliche Auffassungen dazu, wie Leitlinien für unser Parlament aussehen sollten. Um das zu bündeln, hatten wir verabredet, am gestrigen Tag Verbindung über die Obleute aufzunehmen, um darüber zu sprechen, wie wir diese Leitlinien weiterentwickeln wollen.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Dieses Angebot zur Mitarbeit haben Sie völlig ignoriert und über unsere Köpfe, vielleicht sogar über die Ihrer Unterausschussmitglieder, hinweg diesen Schnellschuss gemacht. Sie dürfen sich nicht wundern, dass Sie nun diese Worte von mir zu hören kriegen.

(Beifall von der SPD – Henning Höne [FDP]: Also gab es keine Änderungsvorschläge!)

Zur Sache: Lassen Sie mich auf zwei konkrete Beispiele kommen, die aus unserer Sicht deutlich verbessert werden müssen. Im Entwurf der Leitlinien wird die Bedeutung des Impfens beschrieben. Das kann man inhaltlich so tragen und mitnehmen, aber ich sage Ihnen, dass es leider nicht ausreichend ist. Wir müssen auch auf diejenigen Menschen schauen, die aufgrund ihrer Lebenssituation Unterstützung bei der Wahrnehmung von Impfterminen benötigen, beispielsweise in sozialen Brennpunkten. Hier wären aufsuchende Impfungen landesweit eine gute Lösung.

Punkt zwei: Bundesweit wird gerade diskutiert, welche Grundrechte die geimpften Menschen wieder wahrnehmen könnten. An dieser Stelle müssen wir auch in NRW endlich Klarheit schaffen. Wer darf ab wann wieder was? Und vor allem: Wie werden die Impfungen nachgewiesen? Hier hinken wir anderen Bundesländern wieder einmal hinterher.

Diese Aspekte hätten bei den aktuellen Leitlinien aus unserer Sicht berücksichtigt werden müssen. Immerhin sollen sie bis Ende Juni gelten, und es kann passieren, dass sie von der Realität eingeholt werden, wenn man nicht aufpasst.

(Bodo Löttgen [CDU]: Dann passen Sie doch auf!)

Mit etwas Vorlauf und gutem Willen hätten wir schon für heute eine gemeinsame Linie erreichen können. Wie gesagt: Ich bin enttäuscht und bedauere es außerordentlich, welches parlamentarische Vorgehen Sie uns bei den Leitlinien serviert haben. So geht Zusammenarbeit aus unserer Sicht nicht – sehr schade.

(Beifall von der SPD und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen Kollegen! Zunächst möchte ich vorwegschicken, dass ich es nicht in Ordnung und nicht akzeptabel finde, dass wir Schulen schließen müssen und dass Kitas geschlossen sind. Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass wir uns daran gewöhnen, dass derart tiefe Grundrechtseingriffe stattfinden. Es ist keine normale Lage, nach 14 Monaten Pandemie einen solchen Zustand zu haben.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Ich schreibe diesen Zustand nicht der hiesigen Landesregierung zu, vielmehr bezieht sich das auf ganz Deutschland. Ich finde das nicht hinnehmbar, und wir müssen alles tun, damit so etwas in Deutschland nicht mehr not-

wendig, sinnvoll und erforderlich ist. Als Politiker empfinde ich es als persönliche Niederlage, dass wir zu solchen Schritten greifen müssen und wir 14 Monate nach Beginn der Pandemie allen Ernstes darüber diskutieren, ob es ein Privileg sei, die Grundrechte, die in der Verfassung verbrieft sind, wahrnehmen zu können oder ob sie nicht vielmehr für alle gelten müssten. Diese Frage kann sich nicht stellen. Wir als Politik sowie die Verwaltung, also die Ministerien und Kommunalverwaltungen, müssen alles dafür tun, dass unser Grundgesetz in seiner Gesamtheit überall und für alle in besonderer Weise gilt. Das möchte ich vorwegschicken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang hat es eine Entwicklung gegeben. Ich möchte kurz auf die pandemischen Leitlinien und darauf, wie sie zustande gekommen sind, hinweisen. Ich fand es tatsächlich nicht in Ordnung, wie das passiert ist. Die Kollegin Lück wies schon auf die vorige Sitzung des Unterausschusses Pandemie hin. Dort habe ich darauf hingewiesen, dass die Regierung nach ihrem Gusto weiterarbeiten werde, wenn wir nicht sehr früh mit einem eigenen Vorschlag ins Parlament kämen. Es findet kein Stillstand der Rechtspflege statt. Das Parlament wird dann nicht nur nicht einbezogen, sondern hat sich auch nicht geäußert und keine Vorschläge gemacht. Das gilt schon seit der Änderung des Gesetzes in der vorigen Plenarsitzung. Wir könnten die Landesregierung sogar unmittelbar dazu aufrufen, die Coronaschutzverordnung zu ändern und entsprechende Hinweise geben. Wir haben dazu auch einen Antrag gestellt.

Trotzdem geht das Leben weiter. Obwohl die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP dieses Verfahren in der Unterausschusssitzung aus meiner Sicht unnötig ausgebremst haben, indem sie keine Vorschläge aufnahmen, haben sie am vergangenen Wochenende Vorschläge auf den Tisch gelegt. Ich muss aber sagen, dass ich es nicht in Ordnung fand, dass direkt wieder die Presse eingeschaltet wurde. Das muss nicht unbedingt sein, aber es ist passiert.

Wir haben das zum Anlass genommen, Herr Kollege Höne, am Dienstag um 21:59 Uhr Vorschläge herüberzuschicken, um den Prozess voranzubringen. Ich finde es in Ordnung, dass Sie in Ihrem Änderungsantrag einige durchaus beachtliche Punkte übernommen und sich diese somit zu eigen gemacht haben. Ich bitte allerdings um Verständnis, dass wir darüber hinausgehende Vorschläge haben. So ist Demokratie, so ist Politik – und es ist auch völlig in Ordnung, dass das so ist.

Ich möchte drei, vier Unterschiede skizzieren, wegen derer wir Ihnen nicht folgen können. Uns fehlt eine klare Zielperspektive, wofür wir das tun.

Es sind alle Maßstäbe und viele wichtige Punkte beschrieben – das ist sicherlich richtig –, auch abwägende Punkte.

Gerade das Thema „Indikatoren“ ist, finde ich, sehr gut übernommen worden. Denn wer meint, dass die Inzidenz nicht der einzig richtige Faktor ist und dann glaubt, weil das vielleicht nicht ganz ableitbar ist, wir bräuchten keine Herleitung für die notwendigen Grundrechtseingriffe, der liegt falsch und hat sich nur von seiner Verantwortung verabschiedet. Wir müssen das beschreiben. Wir müssen auch die Indikatoren beschreiben. Wir müssen auch beschreiben, warum wir sie für richtig halten.

Sonst wird jede Coronaschutzverordnung auch vor die Hunde gehen und vor Gericht einkassiert werden. Jeder Richter, der sein Handwerk halbwegs versteht – davon haben wir Gott sei Dank ziemlich viele in Nordrhein-Westfalen –, wird dann natürlich sagen: Ihr müsst doch mal sagen, warum ihr das macht, mit welcher Zielrichtung und auf Grundlage welcher Prognose. Ihr müsst das nicht ausrechnen, aber ihr müsst es zumindest begründen und herleiten.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich es gut, wie das jetzt weiterentwickelt worden ist.

Der Inzidenzwert allein sei nicht ausreichend, ist zwar eine zutreffende Feststellung, aber die hilft in der Sache so lange nicht weiter, bis man etwas anderes hat.

Die Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen sind voll, im Köln/Bonner Raum sogar so voll, dass Erkrankte abgewiesen werden müssen. Das ist nicht zu bestreiten. Das kann man zählen. Dafür muss man nichts ausrechnen. Das ist die Situation. Auch der Lagebericht von gestern und heute zeigt sehr eindeutig, dass die Belastung eher noch steigen wird, weil – Gott sei Dank – die jüngeren Menschen zwar besser mit der Krankheit klarkommen, aber dafür länger auf den Stationen bleiben. Zumindest sagen uns das die Medizinerinnen.

Ich bin sehr froh, dass wir jetzt systematisch darüber diskutieren. Denn das hat in den letzten Monaten immer nur ansatzweise funktioniert. Ich kann mich gut daran erinnern: Als ich hier im Mai letzten Jahres eine Teststrategie eingefordert habe – genau aus dem Gedanken heraus, dass wir gucken müssen, was machbar und herleitbar ist –, hat der Gesundheitsminister hier noch fast brüllend ausgeführt, wir könnten doch nicht alle Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen testen. Jetzt tun wir es. Jetzt ist das ein wichtiger Baustein unserer Strategie. Es ist auch ein wichtiger Baustein unserer Strategie, das Impfen mit einzubeziehen sowie viele andere Punkte in diesem Zusammenhang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ein Punkt, den wir heute verständlicherweise noch nicht beschreiben können, ist ebenfalls sehr zentral.

Wenn wir gleich diese Pandemischen Leitlinien verabschieden werden – in welcher Form auch immer –, dann ist auch die Frage der Übersetzung von hohem Belang.

Deswegen ist meine Bitte auch, dass wir im Parlamentarischen Begleitgremium auch sehr genau darauf gucken: Wie wird das denn übersetzt, also wie rechtfertigt die Landesregierung gegenüber dem Parlament ihre jeweils getroffenen oder auch nicht getroffenen Maßnahmen? Wie werden die Leitlinien eingehalten?

Wir haben im Hinblick auf die Anhörung diskutiert, was die Leitlinien bringen sollten, wenn sie nur – ich will es jetzt nicht herunterreden – Prosa wären und keine Funktion entwickeln würden. Dann hätten wir ja auch bei den normalen Anträgen zur Änderung der Coronaschutzverordnung bleiben können. Ich meine, darüber sollten wir uns noch einmal intensiv Gedanken machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein letzter Punkt. Eben war der Ministerpräsident noch da, jetzt ist er nicht mehr anwesend. Ich habe Verständnis dafür und will das überhaupt nicht bemängeln.

Ihr Entwurf der Pandemischen Leitlinien enthält einen Abschnitt „Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger“. Neben den Maßnahmen ist eine klare nach außen gerichtete Kommunikation – die auch in sich kohärent ist; dabei kommt es nicht immer auf die einzelne Maßnahme an – ganz zentral dafür, ob die Akzeptanz in der Bevölkerung und auch bei uns selbst für die getroffenen Maßnahmen vorhanden ist. Ich habe das letztes Mal schon beschrieben, wie das in der einen legendären Woche war: Montags ist man dafür, dass die Maßnahmen verschärft werden, um freitags dann festzustellen, dass selbst die getroffenen Maßnahmen durch das Freitesten konterkariert werden. Das ist nicht in Ordnung.

Ich bin auch, lieber Kollege Henning Höne, sehr bei Ihnen, was die Kritik an dieser Ausgangssperre betrifft. Aber wir müssen doch sagen, welches Ziel wir haben. Wie wollen wir denn mit dem Gesundheitssystem umgehen? Welche Belastung wollen wir zulassen? Stand heute reicht die Coronaschutzverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht aus, um ausreichend Puffer für die Menschen auf den Intensivstationen zu schaffen. Deswegen: nicht immer um den heißen Brei herumreden, sondern sehr klar adressieren, wohin wir wollen.

Für uns ist auch völlig klar: Die Kinder und Jugendlichen gehören zu den Hauptbetroffenen dieser Pandemie und müssen bei den Maßnahmen im Vordergrund stehen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir uns bei der Abstimmung zum Änderungsantrag enthalten und die Pandemischen Leitlinien, sollten

Sie die unverändert vorschlagen, ablehnen müssen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz³⁾ (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute über die Pandemischen Leitlinien diskutieren, die nun von CDU und FDP eingereicht wurden, also den regierungstragenden Fraktionen, um wiederum der Regierung Leitplanken zu geben, dann komme ich um ein paar kritische Punkte nicht herum. Dieses Verhalten kennt man ja sonst eher aus den Unionsparteien, wenn es um die Maskenbeschaffung geht. Da kontrolliert die Union die Union, und dann wird das eben schon passen.

Aber ich komme zu meinen Kritikpunkten:

Erstens. Leitlinien, die über weite Teile nicht über Allgemeinplätze hinauskommen, braucht niemand. Sie sind schlicht keine Leitlinien.

Niemand sollte in Deutschland dazu aufgefordert werden müssen, verhältnismäßig zu handeln. Das ist bereits rechtlich so fixiert. Die Regierung dann allerdings in Leitlinien dazu noch mal zu verpflichten, müsste man meinen, sei unnötig.

Niemand sollte dazu aufgefordert werden müssen, die Grundrechte nur so lange einzuschränken, wie es unbedingt notwendig ist. Auch das ist rechtlich bereits fixiert.

Die regierungstragenden Fraktionen müssen nicht die Regierung dazu auffordern, Erkenntnisse aus der Wissenschaft zu nutzen, sie könnte das einfach machen. Das kann man einfach machen und die Erkenntnisse aus der Wissenschaft nutzen. Nichts steht dem im Wege. Dazu braucht es schlicht keine Leitlinien.

Zweitens. Wenn es um ein parlamentarisches Werkzeug geht, hier die Parlamentarischen Leitlinien, das dem Parlament die Möglichkeit geben soll, korrigierend auf das Handeln der Regierung einzuwirken, dann macht das nur Sinn, wenn man zumindest versucht, konsensual, aber zumindest im Gespräch einen Weg zu finden, und sich nicht mit einer einfachen regierungstragenden Mehrheit ohne weitere Absprachen die Mehrheit sichert und genau dieses Mittel dann festschreibt. Das ist dann keine Kontrolle durch das Parlament. Dann hätte man sich schlichtweg auch die kosmetische Schleife sparen können, blumige Girlanden am Durchregieren braucht schlicht niemand.

Wenn Sie also Leitlinien parlamentarisch verhandeln möchten, sollten mir diese nicht zuerst von einem Reporter zugeschickt werden müssen, der mich eigentlich dazu befragen wollte und davon ausgegangen ist, dass sie mir schon zugegangen sind. Ich habe diese aber erst von ihm bekommen, um überhaupt im Bilde zu sein und über das reden zu können, was ich dann in der nächsten Woche hier mit Ihnen gemeinsam verhandele.

Wenn Sie mich also als Oppositionspolitiker und wahrscheinlich einzigen hier im Haus, der mal in der Virologie aktiv geforscht hat, der tatsächlich mal an einer PCR-Maschine gestanden hat und sich angeguckt hat, wie das funktioniert, sie selbst bedient hat und selber daran Studien vorgenommen hat, schlichtweg aus diesem Prozess ausschließen, weil Sie der Meinung sind, Sie könnten das hier alles selbst machen, und wirklich der Meinung sind, Sie hätten bisher auch alles richtig gemacht und müssten auf diese Meinungen von mir tatsächlich gar keine Rücksicht nehmen, dann sparen Sie sich doch bitte, hier den Anschein zu wahren, Ihnen ginge es darum, das Ganze parlamentarisch offen zu diskutieren und in einem offenen Prozess dann tatsächlich zu Leitlinien zu kommen.

(Beifall von der AfD)

Drittens. Wenn Sie in Ihren Leitlinien tatsächlich mal konkret werden an einigen Punkten, dann ist das schlicht abgekupfert. Lockerungen in Sport und Kultur haben wir bereits im November 2020 gefordert. Das psychische Leid der Menschen in den Fokus zu nehmen, war ein Antrag von uns ebenfalls im November 2020. Den Fokus nicht nur auf die Inzidenz zu richten, war ein Antrag von uns im September 2020. Die Schäden an unseren Kindern durch die Maßnahmen zu beleuchten, ernst zu nehmen und alles zur Reduktion derer zu unternehmen, wurde hier auf unsere Veranlassung im Mai 2020 diskutiert.

Letztlich: Die sogenannte Heinsberg-Studie – gerade eben auch noch einmal vorgetragen – auszuweiten, war ein Antrag von mir aus dem April 2020. Das ist mittlerweile ein Jahr her. Das wurde damals vollmundig und mit voller törichter Gewissheit hier niedergebügelt und letztlich dann abgelehnt. Heute, ein Jahr später, wird das in Pandemischen Leitlinien hier im Parlament noch einmal gefordert.

An dieser Stelle wird klar: Mit der AfD würden wir jetzt nicht über mögliche Förderungen von Studien sprechen, sondern würden längst die Ergebnisse aus diesen herauslesen und auf der Basis vernünftige Dinge auf den Weg bringen, um uns nicht wieder in zwei, drei oder vier Monaten in einen neuen Lockdown zu begeben.

(Beifall von der AfD)

Ich möchte es an dieser Stelle ganz klar sagen: Ihre Borniertheit und Ignoranz, mit der Sie uns als AfD

aus dem Diskurs ausschließen, sind an dieser Stelle nicht einfach nur ärgerlich oder undemokratisch wie sonst, sie gefährden Menschenleben, indem Sie nicht offen in alle Richtungen gucken und nicht jede Hilfe einfach offen annehmen. Das wird einer Krise eines solchen Ausmaßes einfach nicht gerecht.

(Beifall von der AfD)

Dabei ist es egal, ob es um meine Hinweise Anfang 2020 ging, doch mal eine Bestandsaufnahme bei den Intensivbetten zu machen und schnellstens zu klären, wie weit man diese hochskalieren könnte, worauf es damals auch keine vernünftige Antwort gab, egal, ob es um unsere Eingaben hinsichtlich der Interpretation der PCR-Tests inklusive der Ct-Werte ging, egal, ob um unsere Kritik an der Beliebigkeit der Inzidenzwerte, die jetzt von allen anderen auf einmal aufgegriffen und geteilt wird, egal ob um Kritik an der Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit der Maßnahmen bei den immensen Folgen, die auf Menschen und Wirtschaft zukommen: Sie haben uns nicht zugehört.

Noch einmal: Mir geht es nicht um schlichte Rechthaberei – geschenkt. Aber die Menschen da draußen müssen jetzt für Ihre Fehler bezahlen.

(Beifall von der AfD)

Ein sehr schönes Beispiel dafür ist meine Frage im Ausschuss: Wie sieht es eigentlich mit den Nebenwirkungen der Impfung aus? Was ist der Landesregierung darüber bekannt? – Damals hieß es: Man habe keine besonderen Erkenntnisse darüber, dass eine besondere Härte an Nebenwirkungen tatsächlich auftreten würde. Man gehe davon aus, dass die Impfung gut verträglich sei und es zu den allgemeinen Nebenwirkungen komme, die auftreten würden.

Kurze Zeit später wurde AstraZeneca für kurze Zeit vom Markt genommen, um sich erneut darüber zu versichern, was da eigentlich tatsächlich passiert. – Entweder nehmen Sie Oppositionspolitiker nicht ernst, oder Sie haben diese Informationen, die in einer pandemischen Situation dringend notwendig wären, schlichtweg nicht eingeholt. Das wäre Arbeitsverweigerung.

(Beifall von der AfD)

Viertens. Wir rufen ein parlamentarisches Begleitgremium ins Leben, um vor allem parlamentarische Leitlinien zu entwerfen. Die haben wir jetzt von Ihnen im Prinzip schon bekommen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein!)

Dann kann man das parlamentarische Begleitgremium auch einfach sein lassen. Wir brauchen das doch nicht, um uns zusammzusetzen, Ihre Beschlüsse abzunicken und mal wieder zusammen ein Stück Kuchen zu essen. Wenn Sie auf die Erkenntnisse der Wissenschaft eingehen würden, dürften die Menschen da draußen zusammen wieder ein Stück

Kuchen essen und nicht wir hier in irgendeinem kleinen Raum.

(Beifall von der AfD)

Wenn es Ihnen wirklich darum geht, die Coronamaßnahmen in NRW transparent, demokratisch und wissenschaftlich parlamentarisch zu begleiten, müssen Sie endlich aus Ihrem Tunnel herauskommen. Ansonsten werden Sie sich noch sehr lange von hochkarätigen Wissenschaftlern vorhalten lassen müssen, dass – Zitat – ein „Großteil der Maßnahmen völlig wirkungslos“ ist. So sagt es zum Beispiel der ehemalige Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Aerosole in der Medizin, Gerhard Scheuch.

Ein weiteres Zitat: „Ich glaube, Deutschland entkoppelt sich von der Pandemiebekämpfung in den anderen Ländern“, so der Epidemiologe und Virologe Klaus Stöhr, der während seiner 15-jährigen Tätigkeit für die Weltgesundheitsorganisation unter anderem Leiter des globalen Influenzaprogramms und SARS-Forschungskordinator war, mit Blick auf die Öffnung in fast allen anderen europäischen Ländern – nur eben nicht bei uns, wo wir uns lieber mit pandemischen Leitlinien beschäftigen, anstatt tatsächlich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse einzugehen.

Eigentlich am erdrückendsten sagt es Georg-Christian Zinn, Direktor des Zentrums für Hygiene und Infektionsprävention Bioscientia in einem Interview mit RTL – Zitat –: „Und ich glaube, dass wir einige Fehler, die wir momentan machen, bitter bereuen werden.“

Sie haben es letztlich in der Hand. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Schmelzer das Wort.

Rainer Schmelzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen: Ich erinnerte mich an eine Zwischenfrage des Kollegen Höne in der Debatte gestern, in der er sagte, man solle sich beim PG erkundigen, wie eine Tagesordnung zustande kommt, weil Sie noch Punkte nachgeschoben haben, über die jetzt auch debattiert wird: Zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs gibt es die Zustimmung der SPD-Fraktion. Zur Feststellung der pandemischen Lage gibt es die Zustimmung der SPD-Fraktion. Das geht hier sonst unter.

Ich will an einige Zitate aus den vergangenen Debatten erinnern. Am 24. März – ich glaube, das wurde sogar von Herrn Kollegen Kerkhoff erwähnt – hat die Debatte zur Änderung des Pandemiegesetzes und zum Entsendebeschluss des Begleitgremiums statt-

gefunden. Dort sagte Herr Kollege Kerkhoff unter anderem:

„Wir stärken die Beteiligung des Landtags, indem wir ein Begleitgremium einführen. Ein Unterausschuss des für Gesundheit zuständigen Ausschusses wird die Möglichkeit bekommen, sich vertiefter mit den Folgen der Pandemie für alle gesellschaftlichen Bereiche zu beschäftigen, sich externen Sachverstand an die Seite zu holen und damit Entscheidungen des Landtags vorzubereiten.“

Frau Schäffer ist in der Debatte auch auf die Leitlinien eingegangen, wofür ich ihr sehr dankbar bin; sie sagte:

„Ich bin auf die ersten pandemischen Leitlinien sehr gespannt, die wir dann hoffentlich gemeinsam beschließen, denn nur dann wäre es aus meiner Sicht ein wirklicher Mehrwert, nämlich dann, wenn es keine Mehrheitsentscheidung wäre, sondern wir fraktionsübergreifend diese Leitlinien beschließen würden.“

Weiterhin haben wir an dem Tag den Einsetzungsbeschluss des Unterausschusses des Parlamentarischen Begleitgremiums zur Covid-19-Pandemie auf Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP verabschiedet. Unter dem zweiten Spiegelstrich steht unter anderem:

„Die Mitglieder des Unterausschusses befassen sich eigenständig mit Themen zur ‚Covid-19-Pandemie‘, und zwar in all seinen Facetten.“

Als Vorsitzender dieses Begleitgremiums habe ich mich gefreut, dass wir dieses Begleitgremium endlich am 20. April 2021 konstituieren würden. Insbesondere durch die Gespräche, die ich mit der Verwaltung im Vorfeld geführt habe, ist bekannt, dass ich seine Konstituierung liebend gerne früher gehabt hätte, was aber nicht möglich war, weil leider die letzten Mitglieder insbesondere seitens der CDU-Fraktion relativ spät gemeldet wurden. Das ist kein Vorwurf, sondern ich will nur begründen, warum wir erst am 20. April zusammenkommen konnten.

An diesem Tag haben wir über die Arbeitsweise, die Strukturen, aber auch über einen ersten Antrag, zu dem ich gleich etwas sagen werde, beraten. Der Sprecher der CDU in diesem Begleitgremium, der Kollege Schmitz, hat in seiner Pressemitteilung zutreffend geschrieben:

„Wir können dort externen Sachverstand in die parlamentarische Arbeit einbeziehen und so künftige Entscheidungen des Landtages in der Corona-Krise noch fundierter vorbereiten.“

Herr Kollege Schmitz, Sie haben absolut recht: Das ist der Sinn und Zweck dieses Begleitgremiums.

(Bodo Löttgen [CDU]: Alles richtig!)

Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar. Ich wäre Ihnen auch sehr dankbar, wenn Sie das mit Ihrer Fraktionspitze noch etwas intensiver kommunizieren würden.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

In der konstituierenden Sitzung lag uns auch ein Antrag von SPD und Grünen auf eine Anhörung zur Entwicklung von Leitlinien während der COVID-19-Pandemie vor, der beschlossen wurde. Wir haben ein Verfahren festgelegt, dass wir uns in der gestern stattgefundenen Obleuterunde sehr intensiv über die Fragestellungen, die Themen, die Terminierung und die Sachverständigen verständigen werden. Das ist auf einhellige Zustimmung aller Fraktionen gestoßen.

Vier Tage später, am Samstag, dem 24. April, bekommt Fraktionsvorsitzender Kutschaty – von dem weiß ich es; ich gehe davon aus, andere auch – schriftlich eine Beschlussempfehlung mitgeteilt – das gibt es in unserer Geschäftsordnung gar nicht – zur Verabschiedung von Leitlinien, die am 30. April vollzogen werden soll, kurioserweise nur unterzeichnet vom Fraktionsvorsitzenden und vom PG – das reicht formal; das will ich gar nicht infrage stellen –, aber von keinem Fachpolitiker. In der Pressemitteilung dazu schreibt Kollege Höne:

„Der Vorschlag soll eine rasche und fundierte Debatte mit allen demokratischen Fraktionen ermöglichen, so dass die Leitlinien in der kommenden Woche im Plenum verabschiedet werden können.“

Weiter heißt es:

„Die Beteiligung des Parlaments bei der Pandemiebekämpfung hat für die FDP einen hohen Stellenwert.“

Herr Höne, hören Sie sich eigentlich selbst zu? Innerhalb von fünf Tagen, gerechnet ab dem Wochenende, sagen Sie, dass die Beteiligung des Parlaments einen hohen Stellenwert hat und dass Ihnen die Debatte in den demokratischen Fraktionen sehr wichtig ist. Haben Sie vergessen, was wir vereinbart haben, nämlich gemeinsam vorzugehen? Beim Pandemiegesetz hat das hervorragend funktioniert.

Und jetzt beklagen Sie sich in der Zwischenfrage, die Sie eben gestellt haben, dass wir Ihre Einladung nicht angenommen hätten, was übrigens nicht stimmt. Ich will es mal in eine Reihenfolge bringen: Am Dienstag, den 27. April, nach dem Wochenende, schreibt Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP an, um sie auf die Situation aufmerksam zu machen, wie dieses Verfahren von uns zu bewerten ist, und bittet um ein persönliches Gespräch.

Bis heute hat es von Ihren Fraktionsvorsitzenden keine Antwort gegeben. Das gemeinsame Gespräch ist bis heute nicht zustande gekommen. Dann werfen

Sie uns vor, wir würden Gesprächsangebote ausschlagen? – Das ist zynisch und entspricht nicht der Wahrheit, Herr Kollege Höne.

(Beifall von der SPD – Henning Höne [FDP]:
Dann fragen Sie doch mal, ob wir diese Woche miteinander gesprochen haben!)

Wenn Ihnen das Ihre Herzensangelegenheit ist, wie Sie eben gesagt haben, empfehle ich Ihnen, einen Kardiologen aufzusuchen, denn die Herzensangelegenheit stimmt mit dem Herzschlag ganz offensichtlich nicht überein.

Im Entsendebeschluss des Begleitgremiums steht:

„Die Mitglieder des Unterausschusses befassen sich eigenständig mit Themen zur ‚Covid-19-Pandemie‘, und zwar in all seinen Facetten.“

(Bodo Löttgen [CDU]: Das können sie doch!
Wer hindert sie daran?)

Deshalb ist das das Begleitgremium, wo es hingehört,

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein!)

und es ist keine Angelegenheit, die Sie mal eben durchs Parlament peitschen können, Herr Kollege Höne.

(Beifall von der SPD)

Ich will gar nicht die Reihenfolge der Pressemitteilungen bewerten. Liest man sich die Themen durch, stellt man fest, dass es sich anscheinend um ein Papier der Fachpolitiker der FDP-Fraktion handelt, nicht aber der Fachpolitiker des Begleitausschusses.

Es geht Ihnen einzig und allein darum, wie wo wann was gelockert werden kann. An welcher Stelle geht aus Ihren sogenannten Leitlinien hervor, wie die Pandemie bekämpft werden soll? Wo sind in Ihren im Konjunktiv formulierten Tatbeständen die Verbindlichkeiten für die Landesregierung? Wie kann das gesetzlich vereinbarte Vetorecht bei einer Schutzverordnung durch die Legislative wahrgenommen werden? Wie schützen wir die Bevölkerung? Gibt es realistische Möglichkeiten zur Ausweitung von Test- und Impfstrategien? All das und vieles mehr werden wir – das haben wir gestern besprochen – zum Thema der Anhörung machen.

Ihr Verhalten ist nicht nachvollziehbar. Sie wollen mit uns gar nicht sach- und fachgerecht diskutieren. Sie wollen schnellstmöglich Fakten schaffen und konterkarieren damit die noch während der Debatte zum Pandemiegesetz hochgehaltenen Vorgehensweisen. Sie wollen an dieser Stelle leider spalten.

Seit über einem Jahr sind wir in der Pandemie. Wir haben einvernehmlich im Dialog das Pandemiegesetz beraten, und jetzt geben Sie ein Fünf-Tage-Hau-ruckverfahren vor mit einer sogenannten Diskussionsmöglichkeit. Das glauben Sie doch wirklich nicht.

Das Vorgehen ist angesichts der Situation und der Herausforderungen deutlich unwürdig. Ein solches Verfahren ist kein ordentliches Verfahren. Sie entwerten ganz klar das Begleitgremium. Das tun Sie im Übrigen auch Ihren eigenen Mitgliedern in diesem Begleitgremium gegenüber. Zuständigkeit in allen Facetten, heißt es im Einsetzungsbeschluss. Wenn Sie den Einsetzungsbeschluss gemäß Ihres Antrags, den Sie mit unterschrieben und mit beschlossen haben, ernst nehmen würden, dann würden Sie heute die vorliegenden Papiere zur Beratung an den Unterausschuss überweisen.

Wir werden all die offenen Fragen in den Unterausschuss holen und, wie man es uns als Auftrag mitgegeben hat, unter Hinzuziehung externer Expertise erörtern. In dem Begleitgremium war die Stimmung sehr konstruktiv. Dafür bin ich sehr dankbar. Gestern haben wir in der Obleuterunde das Vorgehen zur Anhörung konkretisiert und bestätigt. Mein ausdrücklicher Dank gilt allen fachorientierten Sprechern und Sprecherinnen der Fraktionen. Der Wichtigkeit entsprechend haben wir eine sehr sportliche Terminierung vereinbart, die ich in den 20 Jahren hier nicht erlebt habe und die ich begrüße. Dies zeigt auch, dass zumindest die Mitglieder des Begleitgremiums ihren Auftrag sehr ernst nehmen.

Mit der heutigen Vorlage und einer sogenannten zugestandenen Fünf-Tage-Diskussion nach Ihren Vorgaben zeigen Sie doch, dass Sie es an der Ernsthaftigkeit dieser Beteiligungsangebote fehlen lassen. Die Vorschläge der Grünen haben Sie abgelehnt. Wenn ich mir Ihren Änderungsantrag ansehe, dann stelle ich fest, dass das das Ergebnis Ihres Streichkonzerts ist. Sie haben leicht nachgebessert und das dann als eigenen Vorschlag eingebracht. Ich finde, das ist ein unsäglicher parlamentarischer Vorgang. Kommen Sie zur Gemeinsamkeit, die wir vereinbart hatten, zurück!

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Dies wäre im Sinne der Sache, aber insbesondere im Sinne der Menschen. Dann werden wir auch zu ordentlichen Ergebnissen kommen. Ich freue mich insbesondere auf die sehr konstruktive Arbeit im Begleitgremium. Bei den Mitgliedern, die dort ihre Meinung vertreten, bin ich da guter Dinge.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Bitte informieren Sie nur Ihre Fraktionsvorstände darüber. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schmeltzer. – Für die CDU hat sich noch einmal Herr Abgeordneter Kerkhoff gemeldet, der natürlich auch das Wort erhält. Bitte sehr, Herr Kollege.

Matthias Kerkhoff (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Lage im Land ist ernst, und die SPD kümmert sich hier um ihre eigenen Befindlichkeiten. Anders kann ich diese Redebeiträge nicht einordnen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Bodenlos!)

Herr Schmeltzer, ich weiß nicht, was man Ihnen versprochen hat, als man Sie seitens Ihrer Fraktion zum Vorsitzenden dieses Gremiums gemacht hat. Es war nie die Rede davon – das steht in keinem Gesetz –,

(Sven Wolf [SPD]: ... dass das überhaupt beteiligt wird!)

dass das Begleitgremium den Auftrag hat, pandemische Leitlinien zu erarbeiten. Das steht an keiner Stelle. Natürlich wird mit den pandemischen Leitlinien, wenn wir sie heute beschließen und sie dann in Kraft sind, das exekutive Handeln der Regierung flankiert. Wir können doch mit diesen Leitlinien des Parlaments nicht so lange warten, bis die Pandemie irgendwann vorbei ist und in dem Begleitgremium Anhörungen stattgefunden haben, um sie hier dann zu beschließen. Dieses Parlament hat den Anspruch, ab sofort das Handeln der Exekutive mit diesen Leitlinien zu flankieren und verbindlich mitzuformen. Das ist unser Auftrag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Kerkhoff, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Herr Kollege Schmeltzer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Matthias Kerkhoff (CDU): Ja, gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Sie haben den Antrag zur Einrichtung eines parlamentarischen Begleitgremiums seinerzeit gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht, und wir haben den hier auch beschlossen. Würden Sie mir zustimmen, dass wir beschlossen haben, die Mitglieder des Unterausschusses befassen sich eigenständig mit Themen zur COVID-19-Pandemie, und zwar in all seinen Facetten, und würden Sie mir weiter zustimmen, dass es, wenn unter „Ausgangslage“ steht, ab sofort soll auch im Landtag Nordrhein-Westfalen ein Begleitgremium eingerichtet werden, das sich in all seinen Facetten mit den Themen befasst, auch um Leitlinien geht

(Bodo Löttgen [CDU]: Ist doch gut!)

– das hat die erste Sitzung gezeigt –,

(Bodo Löttgen [CDU]: Wo steht da, dass sie besprochen werden sollen?)

und dass wir schneller gewesen wären, wenn man das Gremium sofort eingerichtet hätte und Sie nicht erst nach vier Wochen Mitglieder benannt hätten?

Matthias Kerkhoff (CDU): Ich stimme Ihnen in allem zu, was Sie richtig vorgelesen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie ja auch beschlossen!)

Aber es steht an keiner Stelle,

(Zuruf von der SPD: ... dass das so gemeint war!)

dass das Begleitgremium exklusiv diesen Auftrag hat, sondern es ist Aufgabe des gesamten Parlaments.

Ich habe in meiner ersten Rede schon gesagt, dass sich dieses Begleitgremium, dieser Unterausschuss, dem Sie ja vorsitzen, intensiv mit den heute zu beschließenden Leitlinien beschäftigen wird und sich darüber hinaus mit all den Fragen rund um die Pandemie und im Übrigen auch mit Fragen, die über den gesundheitlichen Aspekt hinausgehen und für diesen Landtag, für diese Gesellschaft eine Rolle spielen, ausführlich auseinandersetzen kann, und zwar unter Hinzuziehung externen Sachverständs und vieler anderer Dinge.

Die Bedeutung dieses Gremiums und – das scheint Ihnen ja auch wichtig zu sein – Ihre persönliche Bedeutung in diesem Gremium werden ausreichend zur Geltung kommen. Da habe ich überhaupt keine Sorge.

(Heiterkeit von Bodo Löttgen [CDU])

Aber dass Sie den größten Teil Ihrer Rede auf diese Befindlichkeiten eingegangen sind – auch Frau Lück eben –, das war alles ein bisschen drüber. Da sind auch Worte gefallen, die ich jetzt nicht noch einmal erwähne. Ich hoffe, Frau Lück – ganz im Ernst, weil ich Sie als Fachpolitikerin schätze –, dass Sie sich und Ihren Sachverstand dann trotz bestehender Leitlinien in diesem Gremium einbringen können. Das ist ausdrücklich gewollt. Das Gremium ist an keiner Stelle dadurch entwertet, dass der Landtag heute Leitlinien beschließt.

(Beifall von Andrea Stullich [CDU])

Sie haben dann eine Grundlage, auf der Sie arbeiten können. Das ist doch auch richtig so.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die neue Stufe!)

Noch einmal: Sie haben eben darüber gesprochen, es würde etwas fehlen, nämlich dass die Inzidenz

heruntergeht und wo wir hinwollen. Es ist doch Allgemeingut, dass Pandemiebekämpfung bei niedrigerer Inzidenz einfacher ist. Ja, niedrige Inzidenz ist besser als hohe Inzidenz. Genauso richtig ist, dass mehr Impfstoff besser ist als wenig Impfstoff und dass schnelles Impfen besser ist als langsames Impfen. Das gehört aber doch nicht in Leitlinien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie bestimmen, was in die Leitlinien gehört!)

Das ist Allgemeingut. Das diskutieren wir hier schon seit mehr als einem halben Jahr. Ich glaube, dass das Begleitgremium wichtige Aufgaben bekommen hat und dass unter Beteiligung aller Fraktionen in diesem Begleitgremium in den nächsten Monaten ordentlich gearbeitet wird. Die Leitlinien, die wir heute beschließen, sind dafür eine gute Grundlage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Zu dem Entwurf der Fraktionen von CDU und FDP für pandemische Leitlinien haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt.

Wir kommen aber zunächst zu den Abstimmungen über die Änderungsanträge, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13580. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit stelle ich fest, dass dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/13580 nicht angenommen** wurde.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13579 abstimmen. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Enthaltungen? – Enthaltung bei den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit stelle ich fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/13579 angenommen** wurde.

Ich lasse drittens abstimmen über den Inhalt des Entwurfs der Fraktionen von CDU und FDP für pandemische Leitlinien Drucksache 17/13540 in der soeben geänderten Fassung. Ich darf fragen, wer

diesem zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit stelle ich fest, dass dieser Entwurf **Drucksache 17/13540 angenommen** wurde.

Ich lasse viertens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13581 und darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/13581 abgelehnt** wurde.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/13568 nach der zweiten Lesung, und ich darf fragen, wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/13568** mit dem gerade festgestellten Abstimmungsverhalten **angenommen und damit verabschiedet** wurde.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/13569 abstimmen. Hier haben die antragstellenden Fraktionen direkte Abstimmung beantragt, sodass ich frage, wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der AfD sowie Herr Abgeordneter Neppe. Enthaltungen? – Keine. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/13569 angenommen** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich jetzt alles richtig überblickt habe, sind wir am Ende der Abstimmungen und damit auch am Ende des neu eingeschobenen Tagesordnungspunktes 2 angelangt, so dass ich nunmehr aufrufe:

3 Kinder und Familien entlasten – Kitas als sichere Orte durch (Lolli)Tests, Impfen und Evaluation – Hand in Hand mit den Kommunen Kita- und OGS-Gebühren erlassen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13404

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Coronamutation B.1.1.7 hat in Deutschland eine dritte Welle ausgelöst, die leider auch vor unseren Kitas nicht Halt gemacht hat. Das RKI sagt, dass sich nun auch deutlich mehr Kinder und Jugendliche infizieren.

Das lässt sich mit Blick auf die nackten Zahlen nicht mehr wegdiskutieren. Im Monat März waren mehr als 2.000 Kita-Kinder betroffen. Das sind mehr als in den fünf Monaten davor, und auch im April haben wir es mit hohen Zahlen zu tun. Sorgen Sie hier für Transparenz, veröffentlichen Sie das wöchentliche Monitoring über die Situation in unseren Kitas. Denn wir dürfen hier nicht relativieren oder es gar auf die leichte Schulter nehmen.

Es war falsch, dass sich diese Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP über Monate geweigert haben, Kita-Kinder in eine Teststrategie einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die jüngste Landtagssitzung ist gerade einmal einen Monat her. Dort haben Sie noch mit harschen Worten unsere Vorschläge zurückgewiesen. Der Blick auf die Infektionszahlen in unseren Einrichtungen zeigt: Das war ein schwerer Fehler, und es ist gut, dass Sie über die Ostertage Ihre ablehnende Haltung korrigiert haben. Besser spät als nie, muss man hier wohl sagen.

Allerdings löste Ihr spontanes Umdenken auch zahlreiche Probleme aus. Für Erzieherinnen und Erzieher standen nun auf einmal weniger Tests als versprochen zur Verfügung. Manche Einrichtungen warteten wegen Lieferproblemen sogar über Tage und Wochen vergeblich auf Tests. Andere beschwerten sich über Mehrfachpackungen, die erst mühsam sortiert werden mussten.

Herr Minister, Sie haben für diese Probleme zahlreiche Schuldige ausgemacht. Die Wahrheit ist aber, dass es Ihr Zögern und Ihre späte Entscheidung in der Osterpause waren, die zu den Problemen maßgeblich beigetragen haben.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, ich frage Sie: Können Sie denn hier und heute die Aussage treffen, dass in dieser Woche für jedes Kind zwei Selbsttests zur Verfügung stehen und jede Einrichtung über eine ausreichende Anzahl verfügt? – Ich glaube, nicht nur mich interessiert die Antwort.

Aktuell stehen in den Einrichtungen, wenn überhaupt, die Nasenstäbchentests zur Verfügung, also